Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Hünfeld

Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Uwe Heinicke, zum Haushaltsplan 2027

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Gäste,

vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, wir leben in Hünfeld auf einer Insel der Glückseligen, auf der zwar noch die Sonne scheint, an deren Horizont aber die ersten dunklen Wolken aufziehen.

In Ihrer diesjährigen Haushaltsrede haben Sie ausgeführt, Herr Bürgermeister. Ich zitiere: „Auch wir leben nicht auf einer Insel der Seligen.“ Zitat Ende!

Da sind wir uns also ausnahmsweise einig. Die Wolken sind da und es regnet. Offen ist nur noch die Frage, wer den Regenschirm bezahlt. Schaut man sich den Haushaltsplan 2027 an, dann ist die Antwort eindeutig:
Es sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Im ordentlichen Ergebnis schließt der Haushaltsplan mit einem Überschuss von rund 113.000 Euro ab und auch der Finanzhaushalt gilt als ausgeglichen.

Erreicht wird der Ausgleich allerdings nur, weil an der Steuerschraube gedreht wird. Die Grundsteuer B steigt um knapp 16 Prozent, die Grundsteuer A um 14 Prozent und die Gewerbesteuer um gut 5 Prozent. Zusammen sind das rund 593.000 Euro, die Bürger und Betriebe zusätzlich aufbringen sollen.

SPD-Stadtverordnetenfraktion
Hünfeld

Telefon: 06652-74347
Fax: 06652-74439
E-Mail: uwe.heinicke@outlook.de

Nun werden Sie mir entgegenhalten, Herr Bürgermeister, ich hätte doch selbst im letzten Jahr gesagt, bei den Hebesätzen sei noch Luft nach oben. Das stimmt und dazu stehe ich. Luft nach oben bedeutet aber nicht, dass man auf Verdacht zugreift. Aber genau das geschieht hier.

Denn, und das ist unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion, es lohnt sich ein Blick in das Kleingedruckte. Begründet wird die Steuererhöhung mit der Kreis- und Schulumlage. Im Vorbericht zu unserem Haushalt heißt es, ich zitiere:

„Alleine 723.000 € entfallen dabei auf eine prognostizierte Anpassung der Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage.“

Und zwei Seiten weiter:

„Obgleich in der Kalkulation des Haushaltsentwurfes von insgesamt um 2 Prozentpunkte gestiegenen Hebesätzen ausgegangen wurde, müsste der Landkreis Fulda bei entsprechender Beachtung der Vorgaben der Erlasse die Hebesätze insbesondere im Hinblick auf die bestehenden Rücklagen und Liquiditätsreserven nicht erhöhen dürfen.“
Zitat Ende!

Meine Damen und Herren, das muss man zweimal lesen, sonst versteht man es nicht. Der Kreistag hat noch gar nichts beschlossen. Der Magistrat schreibt selbst, dass der Kreis gar nicht erhöhen dürfte. Und trotzdem sollen die Hünfelderinnen und Hünfelder schon einmal vorsorglich dafür bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, schon im letzten Jahr habe ich Sie gebeten, Ihre hervorragenden Kontakte zum Landkreis zu nutzen. Die Gelegenheit dazu war nie günstiger als jetzt.

Hinzu kommt, was in der Haushaltsrede des Bürgermeisters nur am Rande oder gar nicht vorkam:

- Der Wasserpreis steigt um 59 Prozent. Für einen durchschnittlichen Haushalt sind das, nach den eigenen Zahlen des Bürgermeisters, 214 Euro im Jahr.
- Die Straßenreinigungsgebühren in der Kernstadt sollen sich nahezu verdoppeln. Im Haushaltsplan steigen die Einnahmen daraus von 160.000 auf 300.000 Euro. In der Haushaltsrede findet sich dazu kein Wort.

Diese Maßnahmen, das betone ich ausdrücklich, sind unausweichlich, wenn wir die Versorgung und die Sauberkeit in unserer Stadt nachhaltig gewährleisten wollen, aber darauf hinweisen sollte man schon!

Fairerweise sei erwähnt, dass die Abwassergebühren sinken. Unter dem Strich bleibt für eine durchschnittliche Familie trotzdem eine Mehrbelastung von gut 200 Euro im Jahr. Die erheblichen Mehrkosten für Gas und Strom ab dem kommenden Jahr sind hier nicht enthalten!

Der Bürgermeister hat seinen Haushalt unter die Überschrift gestellt: „Herausforderungen annehmen und Zukunft gestalten“. Die Herausforderungen annehmen sollen in diesem Haushalt vor allem die Bürgerinnen und Bürger, nicht nur mit höheren Wasserpreisen und höheren Gebühren, sondern jetzt auch noch mit höheren Steuern.

Wer den Menschen in die Tasche greift, der muss nachweisen, dass er das Geld auch wirklich braucht. Daran haben wir nach dem Studium der Haushaltspläne der letzten Jahre erhebliche Zweifel.

In den Jahren 2023 bis 2025 hat die Stadt im Jahresergebnis zusammen fast 20 Millionen Euro besser abgeschlossen als geplant. Die vorhandenen Rücklagen umfassen derzeit rund 63 Millionen Euro. Selbst das Jahr 2025, in dem wir eine Gewerbesteuerrückzahlung von drei Millionen Euro verkraften mussten, endete mit einem Jahresüberschuss von rund 677.000 Euro.

Die Verwaltung nennt das im Vorbericht „vorsichtige Veranschlagungspraxis“. Vorsicht ist bekanntlich die Mutter der Porzellankiste. Wenn die Kiste aber im Schnitt jedes Jahr um fast 6,7 Millionen Euro voller ist als angekündigt, dann darf man fragen, ob wir uns nicht regelmäßig arm rechnen. Solange das niemanden etwas gekostet hat, konnte man damit leben.
Jetzt kostet es die Bürger Geld!

Dabei gibt es im Zahlenwerk durchaus Stellen, an denen nicht zu vorsichtig, sondern erstaunlich optimistisch und großzügig gerechnet wurde.
Hier nur einige Beispiele:

- Für den Verbindungsweg von Molzbach nach Mackenzell stehen im Haushalt 150.000 Euro, um die Asphaltdecke zu erneuern. Diesen Weg haben wir uns angeschaut. Die Asphaltdecke ist für einen Wirtschaftsweg in bestem Zustand und kann durch Landwirtschaft, aber auch mit dem Fahrrad hervorragend befahren werden. Wozu dann eine neue Teerdecke?

- In der Stadtverordnetensitzung vom 16.09.2026 informierte der Bürgermeister unter Tagesordnungspunkt 6.2.1 über einen Zuwendungsbescheid für den Bau des Wirtschaftsweges „Am Kaltenhof –Dammersbach“. Beim Blick in den Haushaltsplan entpuppt sich dies als kostspieliges Vorhaben. Es kostet 400.000 Euro, wobei Zuschüsse von 280.000 Euro zu erwarten sind.

Verbleibt für die Stadt Hünfeld ein Eigenanteil von 120.000 Euro. Der Weg ist derzeit für den landwirtschaftlichen Verkehr, aber auch für den Radverkehr völlig ausreichend. Wozu sollen dann 400.000 Euro an Steuergeldern in Form von Teer in die Landschaft gepflastert werden? Herr Bürgermeister, Sie nennen den Zuschuss „einen Erfolg“, für uns ist das ein Fall für das Schwarzbuch.

- Beim Personal sollen 1,84 Stellen eingespart werden. Die Personalaufwendungen steigen trotzdem um 230.000 Euro.

Meine Damen und Herren, ein Haushaltsplan ist ein politisches Programm in Zahlen. Auch das habe ich hier schon mehrmals gesagt. Dann muss man aber auch fragen dürfen, was aus dem Programm der letzten Jahre geworden ist.

Von 77 Millionen Euro, die von 2022 bis 2025 für Investitionen im Haushalt standen, wurden 49 Millionen Euro ausgegeben. Ein Drittel wurde also nur angekündigt. Der Radwegebau, die Kita Heilig Kreuz und der Hessentagsweg sind nur einige Beispiele.

Sorgen bereitet uns der Blick nach vorn. Im letzten Jahr habe ich auf 17,5 Millionen Euro neue Schulden bis 2029 hingewiesen. Heute stehen in der Finanzplanung 39,5 Millionen Euro bis 2030.

Der Schuldenstand soll von gut 2 auf über 36 Millionen Euro steigen. Allein die Zinsen betragen im Jahr 2030 fast 1,7 Millionen Euro. Das ist nahezu das Dreifache dessen, was die heute vorgesehene Steuererhöhung einbringt.

Das alles ist heute nicht zu beschließen. Wer aber heute die Steuern erhöht, der sollte auch sagen, was morgen noch so alles auf uns zukommt.

Der größte Brocken ist die Stützpunktfeuerwache. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Die SPD-Fraktion steht zu unserer Feuerwehr und zu dieser Investition. Die Kameradinnen und Kameraden haben einen zeitgemäßen Stützpunkt verdient. Wir möchten aber wissen, worüber wir reden. Im Haushalt 2024 war von rund 5 Millionen Euro die Rede. Vor einem Jahr sprachen Sie, Herr Bürgermeister, von einem „mittleren einstelligen Millionenbetrag“. Heute sind es 12 Millionen Euro, und an Zuschüssen sind dafür ganze 472.000 Euro eingeplant.

Zur Finanzierung haben Sie vorgeschlagen, rund 6 Millionen Euro aus dem „Hessischen Investitionsfonds“ einzusetzen. Im Haushaltsplan heißt diese Position allerdings „Zuwendung Sondervermögen Infrastruktur Bund“. Der Hessische Investitionsfonds ist ein Darlehensprogramm, und daraus sind laut Vorbericht null Euro eingeplant. Das mag ein Versehen sein. Bemerkenswert ist etwas anderes: Das Geld stammt aus einem kreditfinanzierten Sondervermögen des Bundes. Solche Sondervermögen haben Sie vor drei

Jahren an dieser Stelle noch als „Schattenhaushalte“ bezeichnet. Schön, dass der Schatten in positivem Sinne jetzt auch auf Hünfeld fällt.

Die Kinderbetreuung in unserer Stadt bleibt für uns ein Dauerthema. Die Kita in Mackenzell, so der Bürgermeister, müsse die Stadt „ganz allein ohne jegliche Zuschüsse“ stemmen. Im Erläuterungsbericht ist nachzulesen, warum: Der erwartete Landeszuschuss von einer Million Euro entfällt, weil das Land derzeit kein Förderprogramm bereitstellt. Das ist ärgerlich, und das sage ich ausdrücklich auch in Richtung Wiesbaden, wo bekanntlich CDU und SPD gemeinsam Verantwortung tragen. Vor einem Jahr hieß es an dieser Stelle allerdings noch, gerade die Kitas seien auf das Sondervermögen „dringend angewiesen“. Jetzt geht´s plötzlich auch so. Wie passt das zusammen?

Angemessenes Wohnen ist eine entscheidende soziale Frage unserer Zeit. Da stimmen wir dem Bürgermeister ausdrücklich zu. Daher haben wir auch der Verlängerung der Richtlinie zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gerne zugestimmt.

In meiner ersten Haushaltsrede vor fünf Jahren habe ich darauf hingewiesen, dass unsere Stadtwerke als reines Handelsunternehmen keine Zukunft haben werden. Damals habe ich in erstaunte Gesichter geschaut. Heute überschreibt der Bürgermeister ein ganzes Kapitel seiner Rede mit „Vom Stromhändler zum nachhaltigen Erzeuger“ und kündigt sogar eine Windenergieanlage an. Man traut seinen Ohren nicht! Wir begrüßen das ausdrücklich und haben dem Vorhaben in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung daher unsere Zustimmung erteilt. Erneuern möchten wir aber unseren Vorschlag, bei zukünftigen Investitionen gleicher Art, eine Bürgerbeteiligung anzubieten.

Glücklicherweise verfügen wir in Hünfeld über eine Vereinsvielfalt, die unsere Gemeinschaft trägt. Vor einigen Wochen hatte ich das Vergnügen, an der Sportlerehrung der Stadt Hünfeld teilzunehmen und kann berichten: Die Hütte war voll. Rund 400 Sportlerinnen und Sportler aller Altersklassen wurden dort geehrt. Das alles ist nur durch das breite, ehrenamtliche Engagement der beteiligten Trainer, Betreuer, aber auch der Eltern möglich. All denen, die sich dort ehrenamtlich einbringen, sind wir zutiefst dankbar. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Demokratie Dies gilt in besonderem Maße für die Kameradinnen und Kameraden unserer Feuerwehren, die uns Tag und Nacht zur Seite stehen. Herzlichen Dank für diesen selbstlosen Einsatz!

Bedanken möchten wir uns auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufstellung des umfangreichen Zahlenwerkes. Insbesondere danken wir unserem Kämmerer, Herrn Joachim Wehner, der uns auch in diesem Jahr wieder fachkundig durch die inzwischen 3243 Seiten geführt hat. Unsere Kritik gilt nicht seiner Arbeit, sondern den politischen Entscheidungen, die mit diesem Zahlenwerk verbunden sind.

Meine Damen und Herren, ich hätte noch viel zu erzählen: über die Innenstadt, über die medizinische Versorgung, über die Baugestaltungssatzung, die ich heute ausnahmsweise einmal nicht erwähnt habe, und darüber, dass Hünfeld immer noch eine taxifreie Zone ist.

Aber meine Redezeit ist gleich zu Ende und ich befürchte, dann stellt mir der Herr Stadtverordnetenvorsteher das Mikro ab.

Daher fasse ich zusammen und komme zum Schluss:

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben im nächsten Jahr erhebliche Mehrbelastungen durch Strom-, Wasser- und Gastarife aber auch durch die Straßenreinigungsgebühren zu stemmen.

Einer Steuererhöhung, die aus unserer Sicht nicht erforderlich ist, unsere Bürgerschaft weiter belastet und zudem auf Verdacht vorgenommen werden soll, können wir nicht mittragen.

Den Haushaltsplan 2027 lehnen wir ab.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.